

von Reisen an ihre gemeinsame Grenze künftig verstärkt zusammenzuarbeiten (RV in SWB, 13.8.93).

China ist neben Thailand Hauptinteressent am Bau einer Durchgangsstraße durch Laos. Diese Strecke wäre eines Tages auch Teil des Asian Highway von Singapur bis hinauf ins chinesische Kunming. Voraussetzung dafür ist allerdings, daß zuerst die von Australien gebaute "Freundschaftsbrücke" zwischen Vientiane und Nordthailand fertiggestellt wird.

Laos sieht dem Ausbau des Straßennetzes mit gemischten Gefühlen entgegen:

Einerseits hat es die Chance, zu einer Art Österreich oder Schweiz Asiens zu werden, wo sich Nord und Süd begegnen; andererseits könnte es aber im schlimmsten Fall auch von den "Elefanten" zertrampelt werden. Seine Führung wird auf der Hut sein müssen, darauf zu achten, daß sich möglichst die erstere Option durchsetzt. -we

---

## Innenpolitik

---

\*(7)

### Aufrufe zur Verstärkung der Propaganda-Arbeit und die Identitätskrise der Kommunistischen Partei

Nachdem die Wirtschaftspolitik im Jahre 1993 den größten Teil der politischen Energie beansprucht hatte, richtete die Beijinger Führung auf einer Nationalen Konferenz zur Propaganda- und Medien-Arbeit (24.-29. Januar) den Blick auf die ideologisch-politischen Folgen des Übergangs zur "Sozialistischen Marktwirtschaft". Hauptredner auf der Konferenz waren Partei- und Staatschef Jiang Zemin, Premier Li Peng, Vizepremier Zhu Rongji sowie Ding Guan'gen, der Direktor der Propaganda-Abteilung des ZK. Anwesend waren die Spitzen sämtlicher zentraler und regionaler Propaganda-Abteilungen.

Noch vor Eröffnung der Konferenz hatte die *Volkszeitung* in einem Artikel mit der Überschrift "Drei große Probleme beim Aufbau der geistigen Zivilisation unter einer Marktwirt-

schaft" Stellungnahmen Deng Xiaopings zu Fragen des "ideologischen und kulturellen Aufbaus" zusammengefaßt. Fortschritt in diesem Bereich drücke sich in der Heranbildung einer neuen Generation aus, die hohe Ideale, moralische Integrität, eine gute Ausbildung und einen starken Sinn für Disziplin besitze. Patriotismus und Loyalität gegenüber der von der Kommunistischen Partei geführten Regierung seien von grundlegender Bedeutung für die nationale Entwicklung und müßten entschieden propagiert werden. Der Übergang zur Marktwirtschaft, die Errichtung eines Rechtssystems und die Förderung des ideologischen und kulturellen Fortschritts würden gleichzeitig in Angriff genommen; dies stelle hohe Anforderungen an das politische und soziale System. (RMRB, 21.1.94)

In seiner Grundsatzrede auf der Nationalen Konferenz zur Propaganda-Arbeit bekräftigte Partei- und Staatschef Jiang Zemin, daß die politische Kontrolle von kulturellem Leben und Massenmedien für eine gesunde geistig-zivilisatorische Entwicklung in China unverzichtbar sei. Die Führungsrolle der Partei in diesen Bereichen müsse gestärkt werden. (RMRB, 25.1.94)

Auch ZK-Propagandachef Ding Guan'gen trat dafür ein, das "Makro-Management" im Kultur- und Medien-sektor zu verbessern. Die Abhaltung der Konferenz zu diesem Zeitpunkt demonstrierte, daß das ZK dem kulturell-ideologischen Fortschritt unverändert gleiche Bedeutung wie dem materiellen Fortschritt beimesse. Ziel der Konferenz sei es, die ganze Partei dafür zu mobilisieren, eine starke "ideologische Garantie" (*sixiang baozheng*) und ein günstiges "Meinungsumfeld" für die Reformen zu schaffen. (RMRB, 30.1.94)

Tatsächlich gibt es Anzeichen für eine Verstärkung der politischen Kontrolle über Kultur und Medien. Ein Beamter der Staatlichen Presse- und Publikationsverwaltung, die zuständig für Zensurmaßnahmen ist, kündigte Inspektionen und Restriktionen gegenüber den in den letzten Jahren sprunghaft vermehrten kommerziellen Publikationen an (SCMP, 26.1.94). In der Provinz Guangdong sollen bereits fünf Zeitungen und vier Magazine diszipliniert worden sein, darunter so populäre wie *Nanfang Zhoumo* (Südliches

Wochenende), eine Tochter des Organs des Provinzparteikomitees *Nanfang Ribao* (vgl. *Ming Bao*, 15.1.94, nach SWB, 20.1.). Nach Informationen der internationalen Journalistenorganisation "Reporter ohne Grenzen", die sich für die weltweite Pressefreiheit einsetzt, sollen zur Zeit mindestens 21 chinesische Journalisten wegen politischer Abweichungen im Gefängnis sitzen. (*Le Monde*, 26.1.94)

Während Li Peng in seiner Rede auf der Konferenz zur Propaganda-Arbeit kontroverse Aussagen vermied und sich fast ausschließlich mit der wirtschaftlichen und außenpolitischen Lage beschäftigte, betonte Zhu Rongji, daß die Partei mit dem XIV. Parteitag 1992 die "gedanklichen Fesseln" einer Zeit abgeworfen habe, als man über den kapitalistischen oder sozialistischen Charakter von Reformmaßnahmen streiten mußte. Nun erst sei es möglich, "ohne Befürchtungen und Beschränkungen" ein in die Zukunft gerichtetes Reformprogramm zu formulieren. (RMRB, 29.1.94)

Weder in Artikeln noch in den Reden zur Propaganda-Arbeit wurden konkrete inhaltliche Richtlinien für die ideologische Neuorientierung der Partei in einer Zeit des wirtschaftlichen und sozialen Umbruchs ausgegeben. Eine wachsende Verunsicherung konstatiert die Monatsschrift "Arbeitsstil der Partei" (*Dang de Zuofeng*, zit.n. SCMP, 27.1.94), die im Januar vor dem Verlust der politischen Identität der Kommunistischen Partei warnte: Die Partei sei im Begriff, ihre Rolle als moralisches Gewissen der chinesischen Nation zu verlieren. Teile der Parteiorganisation vernachlässigten die "geistige und ideologische Führung" und reagierten auf den gesellschaftlichen Wandel nur noch mit administrativer Routine. Eine ähnliche Einschätzung klang in einer Artikelserie der *Volkszeitung* an. (RMRB, 4./6./8.1.94)

Solche Beschreibungen des inneren Zustands der Partei offenbaren, daß viele der rund 52 Mio. Parteimitglieder kaum noch begreifen, wofür die Kommunistische Partei unter den Bedingungen einer "Sozialistischen Marktwirtschaft" steht. Marxismus-Leninismus und Mao-Zedong-Ideen sind zu Anachronismen geworden; Deng Xiaopings "Theorie" des Sozialismus chinesischer Prägung ist so bruchstückhaft, daß sie auch dem loyalsten Parteimitglied kaum als Orientierungshilfe und Handlungsanleitung dienen kann. -hei-

### \* (8) Heranbildung der nächsten Führungsgeneration

Die Kommunistische Partei beabsichtigt, in den nächsten Jahren gezielt eine neue Führungsgeneration heranzubilden, die China den Weg in das nächste Jahrhundert weisen soll. Parteichef Jiang Zemin persönlich hat den Vorsitz in einer Führungsgruppe für die Förderung neuer Kader (*xin ganbu gongzuo lingdao xiaozu*) unter dem Politbüro übernommen.

Die amtierende Führung versteht sich als "Dritte Führungsgeneration". Diese habe - so Li Peng in einem Interview - einen politischen Reifungsprozess durchlaufen und werde die Modernisierung und Stabilität Chinas auch weiterhin "organisatorisch gewährleisten" (XNA, 3.1.94). Die "Erste Generation" wird nach offiziellem Verständnis von den Revolutionsveteranen um Deng Xiaoping und Chen Yun, die zweite - nur schwach vertretene - von der Altersgruppe Zhao Ziyangs, Yao Yilins und Song Pings repräsentiert.

Eine "Vierte Führungsgeneration" (*disidai lingdao banzi*) von vierzig- bis fünfzigjährigen Kadern soll nun herangebildet werden. Die Nachwuchsförderung beschränkt sich nach Angaben der Beijing nahestehenden und deshalb häufig mit internen Informationen gespeisten Hongkonger Zeitschrift *Spiegel (Jing Bao)* nicht nur auf zentrale Führungsorgane der Partei und der Regierung. Auch regionale Führungen sind aufgefordert worden, besondere Gremien für die Auswahl und Förderung talentierter Nachwuchskräfte zu errichten. Die zu fördernden Kandidaten müßten

- loyal zur Partei stehen,
- Begeisterung für den Aufbau des Sozialismus chinesischer Prägung zeigen,
- über gute fachliche Qualifikationen verfügen,
- eine ehrliche und aufrechte Persönlichkeit vorweisen können,
- Autorität und Unterstützung in der Parteiorganisation und bei den "Massen" genießen.

Zur Zeit würden etwa tausend Kader, die diesen Kriterien entsprechen, an Parteischulen und Militäarakademien ausgebildet. (JB, 1994/1, S.39-40; SCMP, 5.1.94)

Falls dieses Nachwuchsprogramm konsequent umgesetzt werden sollte, wird sich das Gewicht der "Technokraten"

(gekennzeichnet durch eine Ausbildung auf höheren Schulen, in technischen Disziplinen und durch ihre professionelle Spezialisierung) in der kommunistischen Führung noch weiter erhöhen. Bereits heute sind ungefähr 70% der Mitglieder des Zentralkomitees dieser Kategorie zuzuordnen. Auf der Ebene der Minister, Provinzgouverneure und regionalen Parteisekretäre ist der Anteil sogar noch höher. Ihr Sachverstand wird für die wirtschaftliche Modernisierung dringend benötigt; zugleich werden sie sich wohl kaum durch riskante Vorschläge für durchgreifende politische Reformen hervortun. -hei-

### \* (9) Die politische Opposition: Aktivitäten, Verhaftungen und Freilassungen

Die Behandlung der politischen Opposition durch die chinesischen Behörden läßt bei unverändert anhaltender Repression seit dem letzten Jahr eine gelegentliche Bereitschaft zu Zugeständnissen (Hafterleichterungen, Freilassungen von politischen Gefangenen) erkennen. Dies ist offensichtlich ein Ergebnis des starken außenpolitischen Drucks, dem Beijing in der Menschenrechtsfrage ausgesetzt ist, insbesondere im Zusammenhang mit der alljährlichen Kontroverse um die Gewährung der Meistbegünstigung im Handel mit den USA.

1993 ist eine ganze Reihe prominenter Dissidenten wie Wei Jingsheng, Xu Wenli, Wang Xizhe, Wang Dan und Li Guiren freigelassen worden. Anfang dieses Jahres wurden die im Zusammenhang mit den Protesten 1989 zu Haftstrafen verurteilten Xiao Bin, Liao Yiwu und Ding Junze vorzeitig entlassen (IHT, 5./6.2.94). Diesen Gnadenakten, die die Beijinger Führung als Geste des guten Willens verstanden wissen will, standen 1993 mindestens 200 Verhaftungen oder Verurteilungen von Personen gegenüber, die sich gewaltlos politisch oder religiös engagiert hatten. (Vgl. Asia Watch: *China in 1993: One More Year of Political Repression*, zit.n. AWSJ, 19.11.93)

#### a) Die "Friedens-Charta"

Mitte November 1993 formulierte eine neunköpfige Menschenrechtsgruppe in Beijing eine "Friedens-Charta" (*Heping xianzhang*), in der eine Verbesserung der Menschenrechtssituation, demokratische Mitwirkungsrechte und die

Zulassung konkurrierender Parteien gefordert wurden. Einer der Initiatoren, der vierzigjährige Qin Yongmin aus Wuhan, der sich bei den Behörden bereits durch sein Engagement gegen die Vergabe der Olympischen Spiele an Beijing unbeliebt gemacht hatte, wurde verhaftet und zu einer zweijährigen Arbeitslagerstrafe (einer sogenannten "administrativen Strafe" ohne Gerichtsverfahren) durch die Polizeibehörden in Wuhan verurteilt (SCMP, 25.1.94). Ein zweiter Aktivist der Friedens-Charta, Yang Zhou (49) aus Shanghai, der bereits wegen seiner Beteiligung an der Demokratiebewegung von 1979 zwei Jahre im Gefängnis verbracht hatte, wurde nach siebenwöchiger Haft Anfang Januar entlassen (Kyodo, 3.1.94, nach SWB 5.1.94).

Die anderen sieben Mitglieder der Gruppe wurden von den Sicherheitskräften mehrfach verhört (SCMP, 29.11.93). Trotz dieser Repressalien trafen sie Ende November mit Ma Shaohua und Zheng Xuguang zusammen, die 1989 als Studentenfürher hervorgetreten waren und nun die "Vereinigte Bewegung zum Schutz der Menschenrechte" in Xi'an anführen. Die Teilnehmer betonten, daß sie keine anti-kommunistische Organisation gründen, sondern mit legalen und gewaltlosen Mitteln sowie landesweiten Aktivitäten politische Reformen fördern wollten. (IHT, 27./28.11.93) Ende Januar 1994 unterzeichneten insgesamt 11 Dissidenten eine zweiseitige Erklärung, in der sie die Freilassung Qin Yongmins, des Mitverfassers der Friedens-Charta, forderten.

#### b) Menschenrechtsseminar

Bereits Anfang Dezember hatte eine Beijinger Gruppe von Aktivisten der Demokratiebewegung von 1978/79 ein Seminar zum Welt-Menschenrechtstag (10. Dezember) abgehalten, obwohl der Kopf der Initiative, Liu Nianchun, kurz zuvor verhaftet worden war. (*Lianhe Bao*, 13.12.93, nach SWB, 14.12.93)

#### c) Angehörige von Opfern des 4. Juni

Ebenfalls im Dezember trat eine Vereinigung von Familienangehörigen der Opfer des 4. Juni 1989 an die Öffentlichkeit. Die beteiligten Familien, die damals ihren wichtigsten Einkommensbezieher verloren haben, wollen sich gemeinsam um Kompensationen

von seiten der chinesischen Regierung und um ausländische Finanzhilfen bemühen. Etwa tausend Fälle von Personen seien gesammelt worden, die während der Unterdrückung 1989 getötet, verwundet oder verhaftet wurden. Die Hälfte der Fälle stamme aus Beijing. (*Ming Bao*, 7.12.93, nach SWB, 10.12)

#### d) Oppositionsgruppen in Shanghai

In Shanghai wurden Anfang Dezember 1993 die wöchentlichen Treffen einer im Juni gegründeten, dreißigköpfigen Dissidentengruppe von der Polizei unterbunden; einer der Initiatoren namens Lin Muchen wurde zu einem zweistündigen Verhör abgeführt und offiziell verwarnt. Die Shanghaier Polizei soll nach Aussage der Betroffenen vergleichsweise zurückhaltend vorgegangen sein.

In einem anderen Fall verurteilte Ende Dezember ein Shanghaier Gericht den ehemaligen Lehrer Yao Kaiwen (53) und den Fabrikarbeiter Gao Xiaoliang (28) wegen Gründung einer "konterrevolutionären Vereinigung" zu neun- bzw. zehnjährigen Haftstrafen. Die beiden hätten Ende 1992 eine Organisation namens "Hauptquartier der Demokratischen Front Chinas auf dem Festland" gegründet, die in einem Manifest 1993 zur "Beendigung der diktatorischen Herrschaft des kommunistischen Regimes" aufgerufen habe. In der Schrift habe sich die "Front" dazu bekannt, "friedliche und blutige, legale und illegale" Aktionen durchführen zu wollen. Demonstrationen, eine Publikation mit dem Titel *Freies China* und Entführungen hoher Funktionäre seien geplant gewesen. Nach Auskunft von Shanghaier Dissidentenkreisen gehörten die beiden Verurteilten zum radikalen Flügel unter den Oppositionellen; die "Front" habe jedoch zu keinem Zeitpunkt mehr als fünf Mitglieder gehabt. (SZ, 5.1.94; SCMP, 4.1.94)

#### e) Oppositionelle Gruppen außerhalb der politischen Zentren

Nach Einschätzung des Exildissidenten Wang Ruowang wächst die chinesische Oppositionsbewegung besonders stark in den südwestlichen Randgebieten und in einigen unterentwickelten Inlandsprovinzen Chinas. Dorthin seien viele der studentischen Teilnehmer an der Protestbewegung von 1989 nach dem Universitätsabschluß versetzt worden, um sie von den politischen

Zentren fernzuhalten. In den peripheren Regionen sei die Kontrolle durch die Partei inzwischen aber so geschwächt, daß man dort politisch viel freier operieren könne als an der Ostküste. (ZM, 1994/2, S.55)

#### f) Verfolgung christlicher Kirchen

Die Verfolgung der katholischen Untergrundkirche hielt trotz der vermeintlichen Annäherung zwischen Beijing und dem Vatikan an. Zwei betagte Bischöfe, Chen Jianzhang und Shi Enxiang, wurden zwar pünktlich zum APEC-Gipfel in Seattle freigelassen (SCMP, 27.11.93). Im Januar wurden jedoch erneut fünf katholische Geistliche, darunter zwei Bischöfe, in der Provinz Hebei (einer Hochburg der katholischen Untergrundkirche auf dem Festland) festgenommen (SZ, 25.1.94; SCMP, 24.1.94). Auch in den Provinzen Henan und Anhui sollen lokale Behörden mit großer Willkür und Brutalität gegen die katholische Untergrundkirche und gegen protestantische Hauskirchen vorgegangen sein. (SCMP, 8./15./24.12.94)

#### g) Repression in Tibet

In Tibet wurden zwei prominente politische Gefangene, der ehemalige Reiseführer Gendun Rinchen und der Mönch Lobsang Yonten, freigelassen (SCMP, 14.1.94). Etwa gleichzeitig wurden jedoch zwölf Nonnen zu bis zu siebenjährigen Gefängnisstrafen verurteilt. Sie sollen versucht haben, im Juni letzten Jahres eine Demonstration in Lhasa für die tibetische Unabhängigkeit abzuhalten. Insgesamt sind nun mindestens 49 Nonnen und 124 Mönche wegen politischer Vergehen im Drapchi-Gefängnis in Lhasa inhaftiert. (SCMP, 11.1.94)

#### h) Verhandlungen über internationale Gefängnisinspektionen

Im Januar führte das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) erstmals offizielle Gespräche mit der chinesischen Regierung über die Möglichkeit von Gefangenenbesuchen. Das IKRK hatte in den vergangenen Jahren gegenüber Beijing mehrfach verlangt, Gefängnisse in China inspizieren zu dürfen. Das chinesische Justizministerium gab an, daß derzeit 1,2 Mio. Personen in China inhaftiert seien, darunter 3.600 "Konterrevolutionäre". (NZZ, 27.1.94) -hei-

\*(10)

#### Deng Xiaoping in Südchina - Meinungsaustausch mit Chen Yun

Nach übereinstimmenden Angaben verschiedener Hongkonger Quellen hielt sich Deng Xiaoping im Dezember und Januar in Südchina, überwiegend in Shanghai, auf (ZM, 1994/1, S.6-8; *Ming Bao*, 30.12.93; *Wen Wei Po*, 10.1.94, nach SWB 5./11.1.). Deng, der in den letzten Jahren regelmäßig zum Frühlingsfest in Shanghai weilte, habe dort in Begleitung seiner Liebblingstochter "Mao Mao" (Deng Rong) von einem Wagen aus die Geschäftsstraßen Shanghais und die Yangpu-Brücke inspiziert. Deng wies auf das Potential Shanghais als künftiges internationales Finanzzentrum hin, pries die Chancen, die sich für China auf dem Weltmarkt böten, bekundete Unterstützung für Zhu Rongji, den zur Zeit führenden chinesischen Wirtschaftspolitiker, und traf sich mit hochrangigen Militärs. (JB, 1994/1, S.22, und 1994/2, S.39 u. 41; ZM, 1994/2, S.6-8)

Der Hongkonger Zeitschrift *Zhengming* zufolge soll sich Deng am 8. Januar in Hangzhou mit Chen Yun zu einem zweistündigen Gespräch getroffen haben (ZM, 1994/2, S.11-14). Kyoto News Service (11.1.94, nach SWB 13.1.) berichtet hingegen, daß es am 11. Januar in Shanghai zu einem Meinungsaustausch gekommen sei. "Gipfeltreffen" der beiden mächtigsten chinesischen Politiker hatten in der jüngsten Vergangenheit jeweils ein- bis zweimal im Jahr entweder in Shanghai oder in Hangzhou stattgefunden.

Das ZK-Sekretariat hat den Inhalt des diesjährigen Gesprächs inzwischen offenbar an eine exklusive Kadergruppe weiterverbreitet. Deng soll gegenüber Chen Yun die Auffassung vertreten haben, daß man nicht wegen einiger unvermeidlicher Probleme Zweifel an der gesamten Reformpolitik bekommen dürfe. Die Wachstumsgeschwindigkeit der Wirtschaft müsse beibehalten werden, die "Angst im Kopf" (*tou nao zhong de 'pa' zi*) dürfe nicht obsiegen. Allerdings gebe es ernsthafte Schwierigkeiten mit einigen regionalen Führungen, die die politische Linie der Zentrale nicht begreifen könnten.

Chen Yun stimmte Deng grundsätzlich zu, betonte aber, daß die Stabilität von Gesellschaft und Wirtschaft der übergeordnete Wert bleiben müsse. Kern-

probleme für die Zukunft Chinas seien die "politische Überzeugung, das Ethos und der Arbeitsstil innerhalb der Partei". Regionalismus und Cliquenbildung hätten die Autorität der Zentrale geschwächt.

Ähnliche Kritikpunkte soll Chen Yun bereits in einem Brief an das Politbüro Ende letzten Jahres formuliert haben. Er beklagte, daß innerhalb der Partei die "ideologische Arbeit und die Propagierung kommunistischer Ideale weitgehend aufgegeben" worden seien. (ZM, 1994/2, S.13-14) Solche von Vertretern orthodoxer Positionen immer wieder vorgebrachte Kritik versuchte die Parteizentrale mit der Einberufung der Nationalen Konferenz zur Propaganda-Arbeit zu entkräften. -hei-

\* (11)

**Die "Arbeitsgruppe 106" sammelt Informationen über taiwanesischen Unternehmer**

Nach Informationen der Hongkonger Zeitschrift *Zhengming* (Wettstreit) ist im Oktober 1993 in Beijing eine geheime "Arbeitsgruppe 106" (*yaolingliu gongzuoban*) gegründet worden, die dem Staatsrat und der Zentralen Militärkommission untersteht. Ihre wichtigste Aufgabe sei es, Informationen über einflußreiche Persönlichkeiten im Bereich der Politik, des Militärs und insbesondere der Wirtschaft Taiwans zu sammeln und diese Informationen für politische Initiativen der chinesischen Führung nutzbar zu machen.

Die Arbeitsgruppe soll Büros in 16 Zentren der Außenwirtschaft unterhalten (u.a. in Shanghai, Kanton, Xiamen, Shenzhen) und ausschließlich vom Gelände der dortigen Militärbehörden aus operieren. In ihren Außenkontakten benutze die Arbeitsgruppe die unverfänglichen Namen diverser Behörden des Staatsrats. Ihr Kern soll aus etwa siebzig Mitgliedern bestehen, die aus dem Militär- und Geheimdienstapparat rekrutiert wurden. In der Führung seien unter anderen der Minister für Öffentliche Sicherheit, Tao Siju, und der Minister für Staatssicherheit, Jia Chunwang, vertreten. Der Arbeitsgruppe sei ein Budget von 280 Mio. Yuan RMB eingeräumt worden. (ZM, 1994/2, S.15-16)

Da die "Einheitsfront-Politik" gegenüber der Unternehmerschaft in Hongkong nach Einschätzung der Beijinger

Führung überaus erfolgreich gewesen ist, wäre es nicht überraschend, wenn Beijing sich nun auch taiwanesischen Magnaten mit großer Energie und geheimdienstlichen Mitteln widmete. Beijing hat es verstanden, in der Kontroverse um die politische Zukunft der Kronkolonie die stillschweigende oder offene Unterstützung eines großen Teils der Hongkonger Wirtschaft zu gewinnen, und versucht nun, auch in der Taiwan-Frage die wirtschaftlichen Interessen der Unternehmer für die eigenen politischen Ziele einzuspannen. Die "Arbeitsgruppe 106" soll wohl die für ein solches Vorgehen notwendigen Informationen beschaffen. -hei-

\* (12)

**Modernisierungsbemühungen in der Volksbefreiungsarmee**

Auf einer erweiterten Sitzung der Zentralen Militärkommission am 18./19. Dezember 1993 hat die Führung der chinesischen Volksbefreiungsarmee (VBA), wie erst jetzt bekannt wurde, sich auf weitreichende Modernisierungsmaßnahmen geeinigt. Bis zu einer halben Million der insgesamt 3,2 Mio. Soldaten soll von 1994 an demobilisiert werden; die dadurch freiwerdenden Mittel würden in die Modernisierung der Bewaffnung investiert. Eine gleichlautende Entscheidung war bereits 1991 getroffen worden, konnte jedoch wegen der beträchtlichen sozialen Folgeprobleme nicht durchgesetzt werden. Ein Großteil der demobilisierten Soldaten soll nun in die paramilitärische Bewaffnete Volkspolizei, in die rasch wachsende städtische Streifenpolizei und in Spezialeinheiten zur Bekämpfung von Unruhen integriert werden.

Auf der Sitzung der Zentralen Militärkommission ist offenbar auch eine Neuorientierung in der geopolitischen Strategie der VBA gebilligt worden. Schwerpunkt der militärischen Planungen werden nach der Entspannung mit Rußland nicht mehr der Norden und Nordosten sein, sondern der Süden und Südosten des Landes. In diesem Zusammenhang genieße der Ausbau der Marine höchste Priorität im Modernisierungsprogramm der Armee.

Der militärischen Modernisierung soll auch die Intensivierung der Beziehungen zum US-Militär zugute kommen. Die Errichtung einer bilateralen

Kommission für die militärische Zusammenarbeit, deren Zuständigkeit sich jedoch nicht auf Waffenverkäufe und Technologietransfer erstrecken soll, ist im Gespräch. (SCMP, 13., 14., 21., 25., 26.1.94) -hei-

\* (13)

**Steuerung der Binnenmigration**

Als Ergebnis der Abwanderung aus ländlichen Gebieten in die Städte ist die bäuerliche Bevölkerung Chinas von rund 900 Mio. (1978) auf 797 Mio. (1993) geschrumpft (AWSJ, 24.1.94). Seit den achtziger Jahren sind Millionen ländlicher Arbeitskräfte in aufstrebende küstennahe Gebiete und Großstädte abgewandert. Anfangs kamen die Migranten noch aus unterentwickelten Regionen wie den Provinzen Sichuan, Henan, Anhui oder Jiangxi. Inzwischen ist auch Nordostchina von der Binnenwanderung erfaßt worden. Beispielsweise haben 17,4% der ländlichen Haushalte im Kreis Huinan (Provinz Jilin) ihre Heimat verlassen; in Jilin sollen im Durchschnitt 10% der ländlichen Arbeitskräfte in die Städte abgewandert sein. Ursprünglich arbeiteten die Zuwanderer dort vornehmlich im Baugewerbe oder als Kleinhändler. Inzwischen sind sie ein fester Bestandteil auch in den Bereichen Dienstleistung und Produktion. Die Zuwanderung hat in einigen Städten zu erheblichen Spannungen wegen der Konkurrenz um Arbeitsplätze und der Überlastung der städtischen Infrastruktur geführt.

Ein Mittel gegen die Anspannung in den Ballungsräumen ist die Förderung ländlicher Industriezentren, die die überschüssigen Arbeitskräfte aus dem Umland absorbieren könnten. Ende 1993 gab es nach offiziellen Angaben 116 Mio. Arbeiter in ländlichen Industrie- und Dienstleistungsunternehmen. In Provinzen wie Guangdong und Jiangsu mit ihrer prosperierenden ländlichen Industrie sollen sogar schon mehrere hunderttausend städtische Arbeitskräfte aufs Land gezogen sein, um in dortigen Unternehmen zu arbeiten. (*Beijing Review*, 24.-30.1.94; XNA, 1.2.94)

Die "Flut" ländlicher Arbeitssuchender (*mingongchao*) stellt die chinesischen Behörden vor große Probleme, da sie sich "blindlings" (*mangmu*) und unkontrolliert ausbreitet. Die Binnenwande-

zung über Provinzgrenzen hinweg hat inzwischen mehr als 20 Mio. Menschen erfaßt. (RMRB, 7.1.94) Etwa 60 Mio. Bauern sollen sich innerhalb ihrer Heimatprovinzen auf Wanderschaft begeben haben, um Arbeit zu suchen. Auf dem Land muß mit insgesamt bis zu 140 Mio. überschüssigen Arbeitskräften gerechnet werden.

Die *Volkszeitung* hat deshalb eine kooperative Steuerung der Wanderungsströme zwischen den Regionen befürwortet. 1992 habe die Provinz Guangdong, die das Ziel besonders vieler Migranten ist, in Zusammenarbeit mit neun anderen Provinzen mit der Beobachtung und Kontrolle der Binnenwanderung begonnen. Die Kooperation habe zu einem starken Rückgang der spontanen Zuwanderung geführt. In Guangdong ist kürzlich auch mit der planmäßigen Umsiedlung von Menschen aus den armen nördlichen Gebieten der Provinz (wo ungefähr 200.000 Menschen auch 1993 nicht genug Nahrung und Kleidung hatten) in neue Wohngebiete begonnen worden. Zum Teil würde die lokale Industrie die Arbeitskräfte aufnehmen, zum Teil würde den Bauern neues Land zugeteilt. (XNA, 9.1.94; RMRB, 7.1.94) -hei-

---



---

## Kultur

---



---

\*(14)

### Einführung des Akademiesystems

Auf Beschluß des Staatsrats wurde jetzt in China das Akademiesystem eingeführt, wie es auch in anderen Ländern besteht. Wer bisher Mitglied einer Sektion der Chinesischen Akademie der Wissenschaften (*Zhongguo kexueyuan xuebu weiyuan*) war, trägt jetzt die Bezeichnung "Akademienmitglied" (*Zhongguo kexueyuan yuanshi*). (GMRB, 22.1.94) Bereits in den fünfziger Jahren während der Aufbauphase der Akademie, so heißt es in der Meldung, sei vorgesehen gewesen, das Akademiesystem und die Bezeichnung *yuanshi* einzuführen, doch sei es dann nicht dazu gekommen. Von nun an sei *yuanshi* der höchste akademische Titel, der sowohl im Inland als auch im Ausland hohe Anerkennung genieße. Die chinesischen Akademienmitglieder

stünden auf der gleichen Stufe wie die Mitglieder anderer Akademien in der ganzen Welt.

Erst im Dezember waren 59 neue Akademiemitglieder in die Chinesische Akademie der Wissenschaften, die angesehenste nationale Wissenschaftsinstitution, aufgenommen worden (GMRB, 30.12.93; namentlich aufgeführt in XNA, 31.12.93). Die meisten der neuernannten Wissenschaftler gehören Instituten der Akademie der Wissenschaften an, ein großer Teil aber auch Universitätsinstituten. Akademiemitglied mit dem ehrenvollen Titel *yuanshi* sind derzeit 545 Wissenschaftler (XNA, 22.1.94).

Eine weitere Neuerung ist, daß ab 1994 auch namhafte ausländische Wissenschaftler zu Mitgliedern der Chinesischen Akademie der Wissenschaften ernannt werden können. Einzelheiten über die Modalitäten teilte der Präsident der Akademie, Zhou Guangzhao, Ende Dezember auf einer Pressekonferenz mit. Wählbar seien international anerkannte Wissenschaftler, die sich um den wissenschaftlich-technischen Fortschritt in China besonders verdient gemacht haben. Der Kandidatenaufstellung müsse vom Präsidium der Akademie zugestimmt werden, nachdem zuvor das Empfehlungsschreiben von mindestens fünf Akademiemitgliedern unterzeichnet worden sei. Über die Aufnahme würde in geheimer Abstimmung auf der Sektionsversammlung der Akademie entschieden, wobei eine Zweidrittelmehrheit erforderlich sei. Erstmals seien 1993 chinesische Wissenschaftler aus Taiwan, Hongkong und Macao als Kandidaten aufgestellt worden, doch habe keiner von ihnen die erforderliche Stimmenmehrheit erreicht. Er hoffe aber, so der Präsident, daß dies in nächster Zukunft der Fall sein werde. Allerdings müßten sich in Taiwan, Hongkong oder Macao lebende chinesische Wissenschaftler, die einen ausländischen Paß besitzen, dem gleichen Wahlverfahren unterziehen wie ausländische Wissenschaftler. (XNA, 30.12.93)

Der Präsident erläuterte ferner, daß ausländische Akademiemitglieder in den Genuß aller Privilegien kämen, die die Akademie zu bieten habe. Dazu gehörten beispielsweise die Teilnahme an den Sektionsversammlungen der Akademie, die Möglichkeit, wissenschaftliche Arbeiten in den Akademie-

zeitschriften zu veröffentlichen, sowie das Recht, Vorschläge zu unterbreiten und die offiziellen Publikationen der Akademie zu erhalten. (Ebd.)

Einem Sprecher der Akademie zufolge werden die ersten ausländischen Mitglieder auf der 7. Vollversammlung der Akademiemitglieder im Mai 1994 gewählt. Die Neuerung solle den Wissenschaftsaustausch und die internationale Kooperation fördern. Als Ausdruck des zunehmenden Ansehens chinesischer Wissenschaftler in der Welt führte er die Tatsache an, daß über 200 Mitglieder der Chinesischen Akademie der Wissenschaften Positionen in wichtigen internationalen akademischen Institutionen innehätten. Mit Akademien anderer Länder seien 64 Abkommen geschlossen worden. Auch der Akademiepräsident wies auf die intensive Zusammenarbeit mit ausländischen Kollegen hin, namentlich auf ein chinesisch-amerikanisches Projekt auf dem Gebiet der Hochenergiephysik. Zugleich erwähnte er die beträchtlichen Mittel, die die Akademie aus internationalen Fonds zur Erforschung der Wüsten, mineralischen Rohstoffe und globalen Veränderungen sowie für Forschung auf dem Gebiet der Geochemie erhalten habe. Er rief die Akademiemitglieder zu weiterer substantieller Kooperation mit ausländischen Kollegen auf, z.B. durch die Errichtung transnationaler Versuchsanlagen und Forschungszentren. (XNA, 27.1.94)

Forschung, zumal wenn sie dazu angeht, dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt Chinas zu dienen und das internationale Ansehen des Landes zu fördern, gilt sowohl in der offiziellen Sicht als auch im Selbstverständnis der Wissenschaftler als nationale Aufgabe und Ehrensache. In vielen wissenschaftspolitischen Äußerungen ist das deutliche Bestreben Chinas zu erkennen, sich - zumindest auf ausgewählten Gebieten - einen Spitzenplatz in der internationalen Wissenschaft zu erobern. Dabei geht es zum einen um die nationale Ehre - nämlich die Einreihung Chinas als gleich- und vollwertiges Mitglied in der internationalen Wissenschaft -, zum anderen aber auch um wirtschaftliche Interessen. Die chinesische Wissenschaft arbeitet stark anwendungsorientiert, auch wenn die Notwendigkeit der Grundlagenforschung immer wieder betont wird, wie es erst jüngst Wen Jiabao, Mitglied des ZK-Sekretariats, tat (vgl. RMRB, 4.1.94). Die Förderung der Grundla-